

Antrag: Linke Politik ist unvereinbar mit den Positionen des BSW

Antragssteller*innen: Patrick Haas (Delegierter KV Rhein-Sieg) (Initiator), Rabea Siekiera (Delegierte Kreisverband Düsseldorf), Wolf Raskin (Delegierter Kreisverband Düsseldorf), Dagmar Maxen (Delegierte Kreisverband Düsseldorf), Marcel. D. Nowitzki (Delegierter LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik NRW), Edith Bartelmus-Scholich (Delegierte KV Krefeld), Udo Hase (Delegierter KV Krefeld), Katharina Blank (Delegierte KV Rhein-Sieg), Ulla Weiß (Delegierte KV Ennepe-Ruhr), Anja Schultz (Delegierte KV Rhein-Kreis-Neuss), Ursula Jacob-Reisinger (Delegierte KV Lippe), Tobias Umbreit (delegiert aus dem KV Essen), Norbert Hayduck (Delegierter KV Kleve), Thies Gleiss (Delegierter akl), Otto Ersching (Delegierter LAG Gesundheit und Soziales), Thomas Hovestadt (Delegierter LAG Sanktionsfreie Mindestsicherung), Inge Höger (Delegierte KV Herford), Manuel Staeck (Delegierter KV Heinsberg), Stefan Holz (Delegierter KV Heinsberg), Melanie Schmidt (Delegierte KV Krefeld), Dr. Bastian Reichert (Delegierter KV Rhein-Sieg), Martina Döhring (Delegierte KV Rhein-Sieg), Sandra Lang (Delegierte LAG Tierschutz), Helena Hayer (Delegierte KV Duisburg), Nadine Bendahou (Delegierte KV Duisburg)

Antragstext:

Der Landesverband NRW von Die Linke beschließt eine Unvereinbarkeit mit dem BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht). Dies beinhaltet die öffentliche Aufforderung zur Auflösung aller Fraktions- oder Gruppengemeinschaften mit Angehörigen des BSW bzw. mit Personen, die auf anderen kommunalen Gliederungsebenen Mitglieder in Gruppen oder Fraktionen mit BSW-Mitgliedern in kommunalen Vertretungskörperschaften bilden. Ferner wird der Landesvorstand aufgefordert Kreisverbände bei der Umsetzung dieses Beschlusses administrativ zu unterstützen.

Begründung:

Mit dem relativen Wahlerfolg der rechtsoportunistischen Partei BSW bei der Wahl zum Europäischen Parlament werden die Funktionär*innen immer deutlicher: Zunächst wurden Kooperationen mit der faschistoiden AfD auf kommunaler Ebene im Saarland nicht mehr ausgeschlossen (1), anschließend polemisierte Sahra Wagenknecht selbst am 18.06.2024 in den sozialen Medien in rechter Manier über "Flüchlinge, die bessere Konditionen im Bürgergeld hätten als Einheimische" und forderte wörtlich "Wer unseren Schutz in Anspruch nimmt, von dem kann man auch erwarten, dass er mit eigener Arbeit dazu beiträgt, die Kosten zu minimieren". Diese Ausführungen wurden jedoch noch übertroffen von Wagenknechts Interview mit dem TV-Sender "Welt" in welchem sie nicht nur die Forderung des rechten CSU-Politikers Marcus Söder nach einem Sofortarrest für straffällig gewordene Asylbewerber*innen bzw. für sog. Gefährder*innen, also Personen, die nicht straffällig geworden sind von denen man aber dies erwarten könnte, mit dem Ziel der Abschiebung, unterstützt, um "unsere Bürger*innen" zu schützen. Außerdem bezeichnet sie es im selben Interview als "Problem", dass es nicht möglich wäre Ausreise-Einrichtungen für 250.000 Menschen einzurichten" und fordert stattdessen die Sozialleistungen für diejenigen zu streichen, die nach gegenwärtiger Rechtslage von der Deutschen Bürokratie als nichtschutzwürdig klassifiziert werden.

Diese Kurzzusammenfassung macht das ganze Ausmaß der politischen Degeneration des BSW deutlich, welches in der kurzen Zeit nach der Wahl zum Europäischen Parlament eine neue Qualität erreicht hat. Anstatt ein gutes Leben für Alle Menschen zu fordern, wird dem Nützlichkeitsrassismus das Wort geredet und damit beste Schützenhilfe für eine rechte Hegemonie geleistet. Die Kommentare in den Facebookzeilen zu dem genannten Post lesen sich entsprechend wie ein Panoptikum eines AfD-Stammtisches. Für die Kapitalist*innen ist dies eine Win-Win-Situation: Mit einer gespaltenen Arbeiter*innenklasse lassen sich beste Ausbeutungsverhältnisse und damit satte Profite absahnen. Mit jeder Fraktion, die Mitglieder unserer Partei mit BSW-Mitgliedern oder Sympathisant*innen bilden, erhält das BSW Geldmittel und auch das politische

Kapital der Normalisierung. Ganz zu schweigen davon, dass hierdurch der Eindruck einer politischen Nähe entsteht, die es aber gar nicht gibt. Als Sozialist*innen stehen wir für eine Gesellschaft jenseits von Rassismus, Nützlichkeitskriterien und Standortwahn.

Nächstes Jahr stehen die Kommunalwahlen in NRW an. Mit einem ähnlichen Ergebnis wie bei der Wahl zum Europäischen Parlament droht uns eine flächendeckende Atomisierung, die unsere funktionale Handlungsfähigkeit in der Fläche bedroht. Wir müssen daher umgehend lautstark deutlich machen, dass das unser politisches Programm mit dem des BSW unvereinbar ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Die geschilderten Aussagen und Posts sind erst nach der Antragsfrist publik geworden. Es gab daher keine Möglichkeit den Antrag vorher einzureichen.

(1) <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/bsw-saarland-vorsitzender-jobst-tritt-aus>